

**Unterstützung statt Repression! AIDS-Hilfe NRW gegen Anweisung der Justizministerin, Eigenbedarf bei Drogen zu kriminalisieren – „Wir haben ein Drogenpolitikproblem!“**

Düsseldorf, 21.08.2007 (Sperrfrist 11.00 Uhr) – Die von Landesjustizministerin Müller-Piepenkötter auf den Weg gebrachte Absenkung bzw. Abschaffung der Eigenbedarfsgrenze bei Drogen ist nach Auffassung der AIDS-Hilfe NRW zur Gesundheitsförderung und Risikominimierung nicht geeignet. „Wir nehmen wahr, dass die Landesregierung von ihrer ursprünglichen Linie abgewichen ist, den Besitz kleiner Drogenmengen zum eigenen Konsum nicht strafrechtlich zu verfolgen“, erklärte der Landesvorsitzende der Aidshilfe, Klaus-Peter Hackbarth, heute in Düsseldorf. Angesichts steigender HIV-Meldezahlen bei Drogen Gebrauchenden in NRW sei die gleichzeitige Streichung von Unterstützungsangeboten im Bereich der Drogenhilfe und der Drogenselbsthilfe völlig unverantwortlich.

Joe Bausch-Hölterhoff, Arzt in der JVA Werl und bekannt als Darsteller im Kölner „Tatort“, sagte, die Ministerin bekämpfe nicht die Drogenkriminalität, vielmehr kriminalisiere sie vor allem junger Menschen, denen man stattdessen besser Hilfe und Zuwendung geben solle. „Vielleicht haben wir statt eines Drogenproblems ein ‚Drogenpolitikproblem‘, denn aus den Folgen der Drogenpolitik erwächst ein Suchtproblem. Wir brauchen eine Gesundheitspolitik, die das Suchtproblem ernst nimmt und verstärkt Suchtvorbeugung leistet.“ Die Ministerin kriminalisiere entgegen jeder kriminologischer und medizinischer Erkenntnis Drogenkonsum in kleinen Mengen unter gleichzeitiger Kürzungen von Aufklärungsangeboten und sinnvollen Kampagnen. „Anstatt die Probleme zu lösen, werden neue geschaffen!“, so Bausch, der Kuratoriumsmitglied der AIDS-Hilfe NRW ist.

Der Landesverband der Aidshilfen wiederholte ihren Appell an das Land, auch im Strafvollzug nicht nur uneingeschränkten Zugang zur standardmäßigen medizinischen Versorgung zu ermöglichen, sondern endlich auch die weltweit anerkannten Präventionsinstrumente – Kondome, Gleitmittel, Spritzutensilien – im Strafvollzug zugänglich zu machen.

In Nordrhein-Westfalen leben zur Zeit etwa 11 900 HIV-positive Menschen; bundesweit sind es etwa 56 000. Bei den neu diagnostizierten HIV-Infektionen bei i.v. Drogen Gebrauchenden beträgt der Anteil Nordrhein-Westfalens 40 Prozent ganz Deutschlands, obwohl in NRW nur 22 Prozent der Bundesbürger leben. Etwa 900 Menschen sind an Aids erkrankt. In den kommenden Jahren ist in NRW voraussichtlich mit 600 Neuinfektionen und etwa 260 Aidserkrankungen zu rechnen.

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de



Redetext von

Klaus-Peter Hackbarth,

Landesvorsitzender der AIDS-Hilfe NRW,

und

Joe Bausch-Hölterhoff

Arzt in der Justizvollzugsanstalt Werl
Darsteller im Kölner „Tatort“

anlässlich der Jahrespressekonferenz 2007

**AIDS-Hilfe NRW gegen Anweisung der Justizministerin,
Eigenbedarf bei Drogen zu kriminalisieren**

Es gilt das gesprochene Wort

Sprechtext

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Justizministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Müller-Piepenkötter, hat die Sommerpause genutzt, ihre Vorstellungen von einem vermeintlich effektiveren „Kampf gegen Drogen“ zu formulieren. Sie hat angeordnet, dass die Eigenbedarfsgrenze bei Drogendelikten herabgesetzt sowie eine Sonderregelung bei Verstößen Jugendlicher und ihnen gleichgestellter Heranwachsender eingeführt wird. Wir nehmen wahr, dass die Landesregierung von ihrer ursprünglichen Linie abgewichen ist, den Besitz kleiner Drogenmengen, insbesondere bei Jugendlichen, zum eigenen Konsum nicht strafrechtlich zu verfolgen – bei gleichzeitiger Streichung von Unterstützungsangeboten im Bereich der Drogenhilfe und der Drogenselbsthilfe.

Hierauf möchten ich und Herr Joe Bausch-Hölterhoff, Anstaltsarzt in der Justizvollzugsanstalt Werl und Ihnen sicherlich bekannt als Schauspieler im Kölner „Tatort“ – zudem Kuratoriumsmitglied unseres Verbands –, im Folgenden noch zurück kommen.

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de



Zunächst möchten wir Ihnen aber einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen zu HIV und Aids und die Arbeit der Aidshilfen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 geben.

HIV und Aids in NRW

Das Robert-Koch-Institut in Berlin schätzt die epidemiologische Situation zum Jahresende 2006 folgendermaßen ein:

In Nordrhein-Westfalen leben zurzeit etwa 11 900 Menschen mit dem HI-Virus, davon sind aktuell etwa 900 Menschen an Aids erkrankt. Insgesamt haben sich in NRW seit 1982 etwa 17 500 Menschen mit HIV infiziert, davon sind etwa 5 600 bereits an den Folgen von Aids gestorben. In diesem Jahr ist voraussichtlich mit 600 neuen HIV-Infektionen und etwa 260 weiteren Aidskranken zu rechnen. Die Zahl der Aidstoten liegt bei etwa 150.

77 Prozent der im Jahr 2006 an Aids Erkrankten sind männlich; 23 Prozent sind Frauen; bei Kindern und Jugendliche im Alter bis zu 14 Jahren wurden unter 5 Erkrankungen verzeichnet. Der Anteil der Männer bei den HIV-Neudiagnosen in NRW liegt bei 84 Prozent, der Anteil der Frauen bei 16 Prozent.

Damit verzeichnen wir in den letzten Jahren einen leichten Anstieg der Zahlen, durch die bessere statistische Erfassung durch das RKI mussten die Neudiagnosen allerdings auch rückwirkend etwas nach oben korrigiert werden, so dass wir von einem konstanten Niveau ausgehen können. Auffällig ist allerdings, dass die Meldezahlen bei i.v. Drogen Gebrauchenden insbesondere in NRW angestiegen sind, so dass der Anteil der neu diagnostizierten HIV-Infektionen bei i.v. Drogen Gebrauchenden aus Nordrhein-Westfalen bei 40 Prozent der Bundesrepublik Deutschland liegt, obwohl in unserem Land nur 22 Prozent der Bundesbürger leben.

275 000 Präventionskontakte der Aidshilfen 2006

Unser Landesverband bildet mit 41 Mitgliedsorganisationen ein sich über ganz NRW erstreckendes Netz von Serviceeinrichtungen und Beratungsstellen, so dass uns neben den Interessierten und Engagierten unserer Zielgruppen auch erkrankte Menschen gut erreichen können.

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de



Unserer Auswertung über die im Jahr 2006 vor Ort erbrachten Leistungen liegt das statistische Material von 31 unserer 41 Mitgliedsorganisationen zugrunde, die vom Land NRW gefördert wurden.

Sehr positiv hat sich die Zahl der primärpräventiven Kontakte vor Ort entwickelt. Hier ist erneut ein deutlicher Anstieg von 237 500 im Jahr 2005 auf 275 000 im Jahr 2006 zu verzeichnen; davon 56 Prozent mit Männern und 44 Prozent, und damit 5 Prozent mehr als 2005, mit Frauen.

Dass immer noch 56 Prozent der Kontakte (in Zahlen 154 000) mit jungen Menschen bis 21 Jahren stattgefunden haben, verdeutlicht das Ansehen der Aidshilfen und die Akzeptanz unserer Prävention bei Jugendlichen sowie die Anstrengungen unserer Mitgliedsorganisationen vor Ort, in diesem Bereich primärpräventiv tätig zu sein. Auch die primärpräventiven Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 21 Prozent (in Zahlen 57 750) konstant.

Zusätzlich zu den primärpräventiven Kontakten stand die Aidshilfe weiteren rund 12 150 Menschen im vergangenen Jahr beratend oder begleitend zur Seite; der Mehrzahl von ihnen mehrmals im Jahr, so dass 2006 über 101 500 Gespräche mit Menschen mit HIV, deren Angehörigen und Freunden verzeichnet werden konnte.

Insgesamt haben die Aidshilfen über 287 000 Menschen mit ihren Angeboten der Prävention, Beratung und Betreuung erreicht: Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die die Strukturen der Aidshilfe nutzen.

Prävention – Beratung – Vernetzung

Unser Verband ermöglicht und stärkt das Ehrenamt! Fast 1 650 Ehrenamtliche haben sich im vergangenen Jahr 90 350 Stunden für die Aidshilfe engagiert. Daneben sind 228 Angestellte (diese besetzen zusammengerechnet 134,5 Vollzeitstellen) tätig, die durch das Land NRW und die jeweiligen Kommunen anteilig gefördert werden.

Unser Ziel bleibt es, darüber hinaus weitere Menschen insbesondere aus den Hauptbetroffengruppen zu mobilisieren und zu motivieren, um in ihren jeweiligen Communities aktiv werden zu können.

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de



Wenn man den Zeitaufwand der Aidshilfen insgesamt betrachtet, investieren wir über 30 Prozent der Arbeit in personalkommunikative oder massenmediale Primärprävention, ein knappes Viertel in die Beratung und Betreuung sowie die Förderung der Selbsthilfe, etwa ein Drittel in die Öffentlichkeitsarbeit, die Vernetzung und die Fort- und Weiterbildung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und nur etwas mehr als 10 Prozent in die Verwaltung.

Wir sind bestrebt, alle Ressourcen so effektiv wie möglich und dabei auch Synergien zu nutzen. Es ist selbstverständlich, dass benachbarte regionale Aidshilfen sich untereinander und mit anderen örtlichen Organisationen vernetzen, etwa in der Schwulen-, Drogen-, Frauen- oder Migrationsarbeit. Und natürlich tauschen sich unsere Mitgliedsorganisationen auch auf Landesebene aus, um gute Ideen und neue Konzepte schnell in ihren Regionen umzusetzen.

Und doch sind wir in großer Sorge, ob wir diese Arbeit in den nächsten Jahren in gleicher Qualität leisten können. Die Landesregierung hat mit der Kommunalisierung die bewährten und erfolgreichen Förderstrukturen vollständig aufgehoben. Details hierzu und unsere Forderungen finden Sie im „Hagener Appell“ in Ihren Pressemappen.

Und nun übergebe ich an Joe Bausch, Arzt in der JVA Werl, der heute als Mitglied unseres Kuratoriums für die AIDS-Hilfe NRW spricht.

Aktionismus statt beherrzte Hilfe

Die jetzt von Landesjustizministerin Müller-Piepenkötter auf den Weg gebrachten Neuregelungen im „Kampf gegen illegale Drogen“, gehen im wesentlichen auf Beschlüsse der Landes-CDU zurück. Die Liste der Maßnahmen lässt allerdings vermuten, der Schutz der Jugend solle vor allem dadurch erreicht werden, sie im Kontext eines Drogenkonsums früher als bisher zu kriminalisieren. Insofern bekämpft die Ministerin nicht die Drogenkriminalität, sie kriminalisiert das Handeln hier vor allem junger Menschen, denen man stattdessen besser Hilfe und Zuwendung, Problemlösung und Unterstützung geben sollte.

Die Absenkung der Eigenbedarfsgrenze wird die Konsequenz haben, dass die Strafverfolgung infolge der Überschreitung der Sechs-Gramm-Grenze bei Haschisch und Marihuana zunehmen wird.

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de



Da die Ministerin die Ermittlungsverfahren gegenüber Jugendlichen und ihnen gleichgestellten Heranwachsenden zukünftig nur noch unter Auflagen eingestellt sehen will, wird dies die ohnehin schon überlasteten Staatsanwaltschaften und Gerichte zusätzlich beschäftigen.

Dass es zudem bei Kokain, Heroin und Amphetaminen zukünftig keine Eigenbedarfsgrenze mehr geben soll, ist aus unserer Sicht zur Gesundheitsförderung und Risikominimierung nicht geeignet. Nur zwei Beispiele:

Das vom Land NRW seit über 15 Jahren erfolgreiche Spritzenautomatenprojekt, würde zukünftig kaum weiter genutzt, da jede benutzte Spritze als Beweismittel für eine Straftat heran gezogen werden könnte.

Auch wäre völlig ungeklärt, ob sich die Justiz zukünftig infolge der Streichung der Eigenbedarfsgrenze für harte Drogen auch der Besucherinnen und Besucher der Drogenkonsumräume annehmen müsste. Sollten die Vorstellungen von Frau Ministerin Müller-Piepenkötter umgesetzt werden, können Drogenkonsumräume zukünftig auch geschlossen werden. Es kann nicht das ernsthafte Anliegen der Landesregierung sein, dieses geschützte, anerkannt notwendige und faire Angebot der Gesundheitsprävention für Drogen gebrauchenden Menschen wieder einzustellen!

Die Landesregierung verfährt hier unter der Maxime „Repressalien statt Hilfe“. Denn gleichzeitig werden seit Jahren erprobte und wirksame Selbsthilfeangebote für Junkies, Ehemalige und Substituierte nicht mehr vom Land gefördert, worauf die AIDS-Hilfe NRW in ihrer Jahrespressekonferenz 2006 ausführlich hingewiesen hat. In anderen Einrichtungen der Jugend- und Drogenhilfe wurde die Förderung erheblich gekürzt oder ebenfalls eingestellt.

Die jetzt von Frau Müller-Piepenkötter vorgelegten Maßnahmen sind auch aus anderen Gründen problematisch:

➔ Die Ministerin möchte offenbar, dass die Justiz im Drogenbereich die Richtlinienkompetenz beansprucht, eine fatale Fehleinschätzung. Vielleicht haben wir mehr ein „Drogenpolitikproblem“ als ein Drogenproblem. Sehr wohl gibt es aber ein Suchtproblem, dass sich zum Teil aus den Opfern der Drogenpolitik speist. Was wir mehr als eine „Dro-

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de



genpolitik“ brauchen, ist eine Gesundheitspolitik, die das Suchtproblem ernst nimmt und verstärkt Suchtvorbeugung leistet.

➔ Die Ministerin möchte Jugendkriminalität bekämpfen, statt dessen kriminalisiert sie entgegen jeder kriminologischer und medizinischer Erkenntnis Drogenkonsum in kleinen Mengen unter gleichzeitiger Kürzungen der Angebote, die über die mit dem Konsum einhergehenden Risiken aufklären und pädagogisch sinnvolle Kampagnen initiieren. Mit anderen Worten, anstatt die Probleme zu lösen bzw. anzugehen, werden neue geschaffen!

➔ Gegen ein christliches Menschenbild, das vor jeder Strafe auf Hilfe und Zuwendung setzt, vertraut die CDU-Ministerin darauf, dass Härte Erfolg zeitigen wird!

Wir wundern uns auch etwas, dass dies in einer Koalition mit der FDP konsensfähig sein soll!.

Drogen im Strafvollzug alltäglich

Die Kriminalisierung des Besitzes von Drogen zum Eigenbedarf, wird letztlich dazu führen, dass langfristig mehr Menschen in den Strafvollzug kommen, unter anderem durch Widerrufe von Bewährungsungen. Für den, der Probleme mit Drogen hat, ist aus unserer Sicht der Aufenthalt in einer Strafvollzugsanstalt völlig ungeeignet, denn – und das ist nicht zu beschönigen – in vielen Fällen führt ein solcher erst zum regelmäßigen Drogenkonsum. Oder zu neuen, anderen „Abhängigkeiten“, die die Situation des abhängig Kranken in Haft weiter verschärfen. Inzwischen scheuen sich selbst Anstaltsleitungen nicht mehr, auch öffentlich zu erklären, dass ihre Inhaftierten Drogen konsumieren.

Natürlich ist noch einmal zu unterscheiden, ob wie bei uns in Werl Gewalttäter langfristig im Gefängnis einsitzen oder ob sich jugendliche Straftäter nur für kurze Zeit im Strafvollzug aufhalten. Wir fürchten, die Justizministerin schert hier alle über einen Kamm, wenn sie dem Drogenmissbrauch in den Haftanstalten im Zuge ihres Gesamtkonzeptes den Kampf ansagt.

Weil die Situation der Prävention von HIV/Aids und anderer sexuell oder durch Blut übertragbarer Krankheiten in Haft in Nordrhein-Westfa-

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de



len in besonderer Weise problematisch ist, hat die AIDS-Hilfe NRW ein Konzept erarbeitet, das diese besondere Herausforderung beschreibt und erste Arbeit- und Lösungsansätze formuliert, um hier Abhilfe zu schaffen. Um Neuinfektionen in Haft zu verhindern, die bestehende HIV-Rate auf niedrigem Niveau zu stabilisieren, die Lebensqualität von Menschen mit HIV und Aids in Haft zu verbessern und Selbsthilfepotentiale auch im Strafvollzug zu fördern, hat der Landesverband dem Justizministerium eine bedarfsorientierte regionale Angebotsstruktur vorgeschlagen, die wir gerne landesweit koordinieren. Wir sehen dem, was das Ministerium mit diesem Vorschlag machen wird, gespannt entgegen.

Mit diesem Konzept möchte die AIDS-Hilfe NRW einen wirksamen Beitrag zur Gesundheitsförderung und Resozialisierung leisten. Wir möchten, dass Jugendlichen in Haft geholfen wird, mit ihrer Gesundheit besser umzugehen und sich weiter zu entwickeln, um später nicht wieder straffällig zu werden.

Die AIDS-Hilfe NRW appelliert auch an dieser Stelle wieder an das Land, Inhaftierten nicht nur uneingeschränkten Zugang zur standardmäßigen medizinischen Versorgung zu ermöglichen, sondern endlich auch die weltweit anerkannten drei Präventionsinstrumente – Kondome, Gleitmittel, Spritzutensilien – im Strafvollzug zugänglich zu machen.

Vielen Dank!

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de

**Klaus-Peter Hackbarth**

Seit März 1994 hauptamtlicher Mitarbeiter der AIDS-Hilfe Essen e.V.; zunächst in der zielgruppenspezifischen Präventionsarbeit und seit Ende 1996 als HIV-Referent und Geschäftsführer. Diplom-Sozialwissenschaftler; Studium an der Universität Bremen mit Schwerpunkt Sozialisationsforschung, Mitte der 90er Jahre sexualtherapeutische Zusatzausbildung. Als HIV-Referent der AIDS-Hilfe Essen Arbeitsschwerpunkte in der sozialrechtlichen Beratung und in strukturellen Hilfen für die Zielgruppen.

Seit 2001 ist er Mitglied im Vorstand der AIDS-Hilfe NRW und ist wurde 2004 zum Landesvorsitzenden gewählt. Besondere Aufgabe: die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Landesverbands mit seinen Mitgliedorganisationen.

Als Fachvorstand bearbeitet er die Themen „Transkulturelle Orientierung“, Öffentlichkeitsarbeit und Finanzen/Fundraising.

Joe Bausch-Höterhoff

Arzt in der Justizvollzugsanstalt Werl. Bekannt als Schauspieler im WDR-Tatort, wo er einen Pathologen spielt. Nach eigenen Angaben braucht er die Schauspielerei, um im Knast dauerhaft gut zu sein, ein Ventil, um Gefühle und Eindrücke abzulassen.

Bausch hat in Bochum Theaterwissenschaften, Politologie, Jura und schließlich Medizin studiert. Er kämpfte engagiert gegen bürgerliche Normen und war Gründer des „Theater Pathologisches Institut“, das im Ruhrgebiet in den 80-er Jahren mit provokanten Stücken von sich reden machte. Der „Hausarzt“ der JVA, Regierungsmedizinalkomplex Joe Bausch-Höterhoff, wird auf beiden Seiten respektiert: Bei den Kollegen, den Vollzugsbeamten ebenso wie bei den Häftlingen.

Seit März ist er Mitglied des Kuratoriums der AIDS-Hilfe NRW. Mit der Aidshilfe verbindet ihn das parteiische Engagement für Gesundheitsprävention und -versorgung im Strafvollzug. „Das ist eine Politik der kleinen Schritte“, sagt Bausch. „Vieles konnte durch das Engagement der Aidshilfen in den Justizvollzugsanstalten schon erreicht werden, aber es bleibt noch jede Menge zu tun. Wichtig ist, dass wir nicht gegen jemanden arbeiten, sondern für die Gesundheit der Inhaftierten.“

AIDS-Hilfe NRW e.V.

Guido Schlimbach | Pressesprecher

Lindenstraße 20 | 50674 Köln

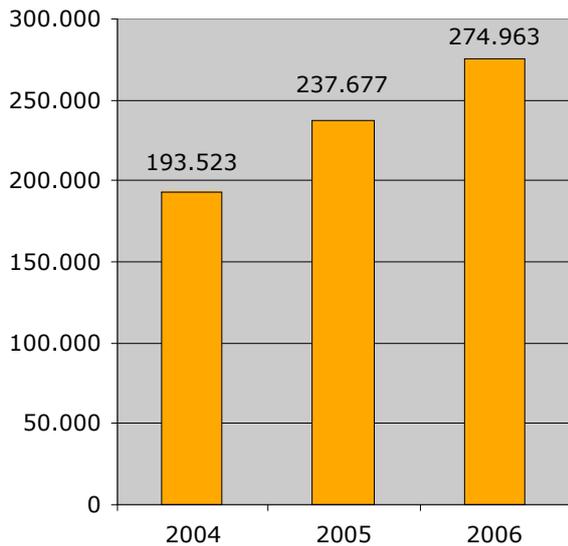
Fon 0221-925996-17 | Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de | www.nrw.aidshilfe.de | www.saferuse-nrw.de

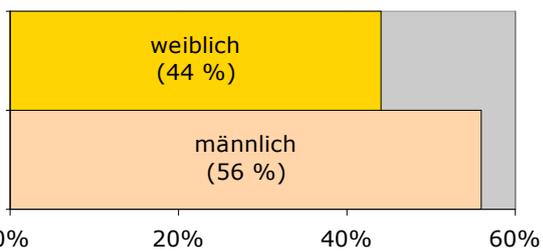
Leistungsprofil der AIDS-Hilfen – Auswertung 2006

Primärprävention – Erreichte Personen

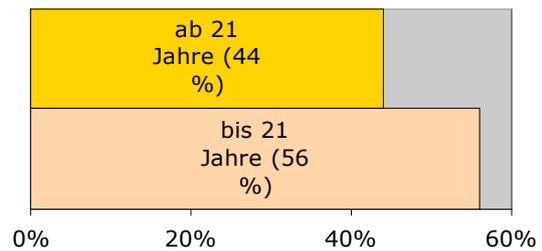
Personen



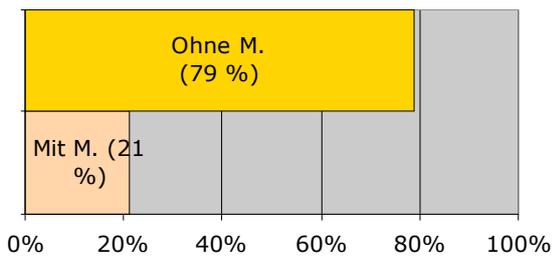
Geschlecht in % (2006)



Alter in % (2006)

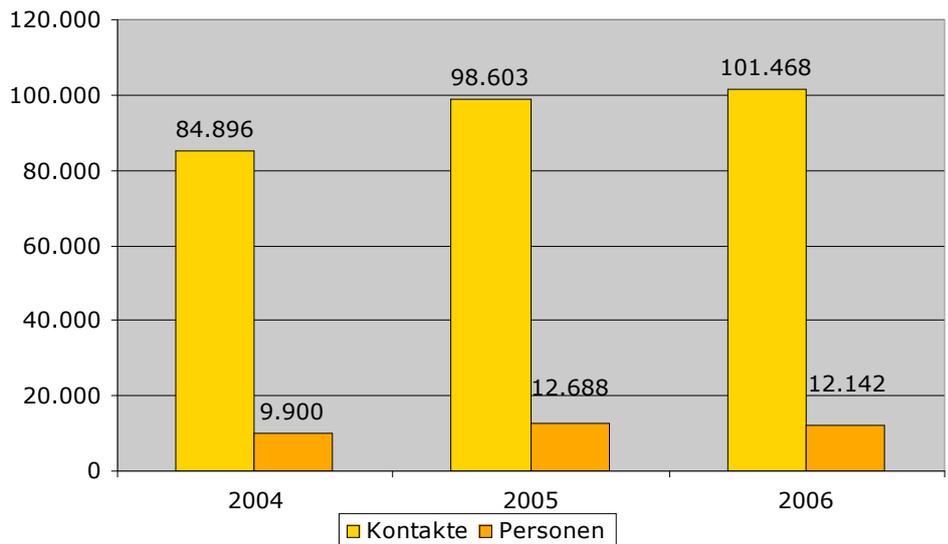


Migrationshintergrund in % (2006)

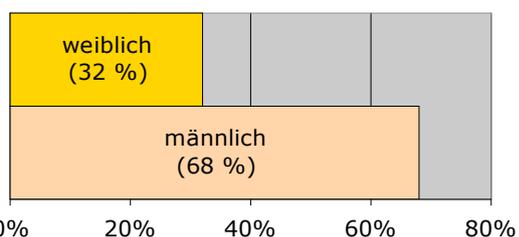


Sekundär-/Tertiärprävention – Erreichte Personen

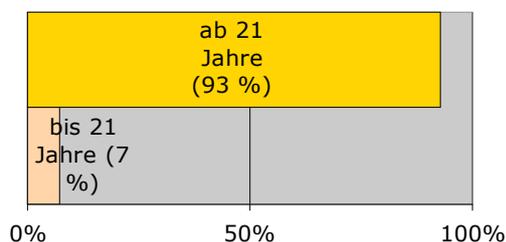
Personen



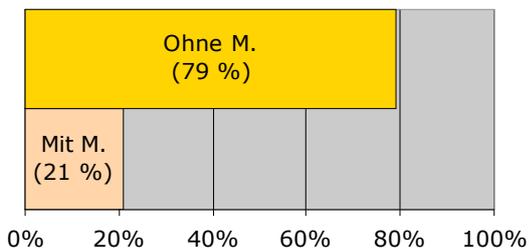
Geschlecht in % (2006)



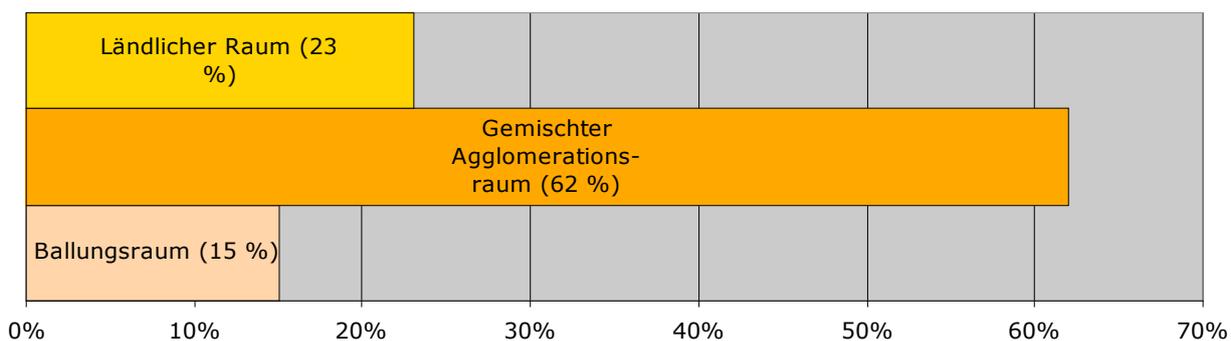
Alter in % (2006)



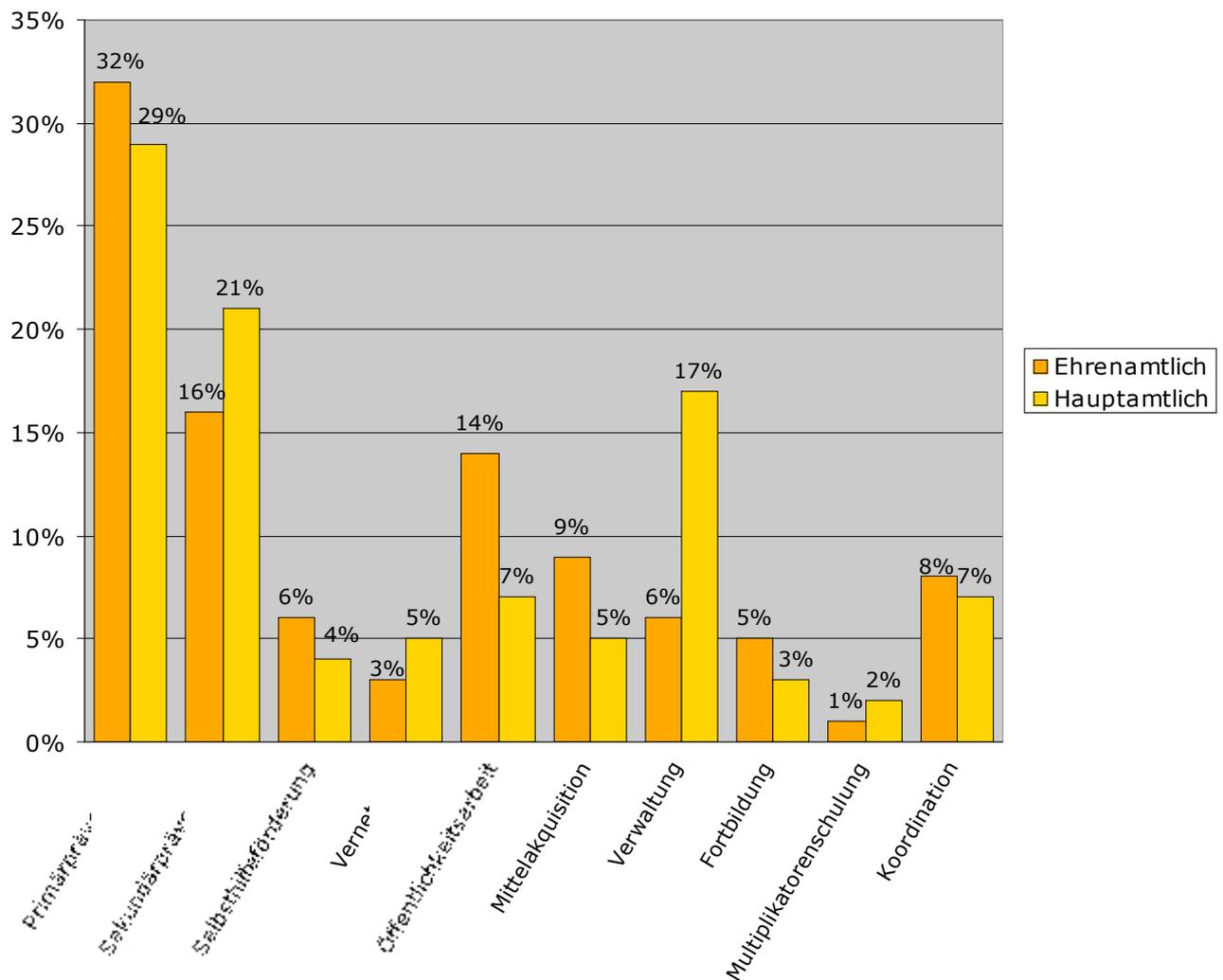
Migrationshintergrund in % (2006)



Haupttätigkeitsgebiet



Arbeitszeitaufwendungen



Ehrenamtlich Tätige

Ehrenamtliche insgesamt	1 650
Durchschnitt pro Verein	50
Ehrenamtlich geleistete Stunden insgesamt	90 341
Durchschnitt pro Verein	2 737

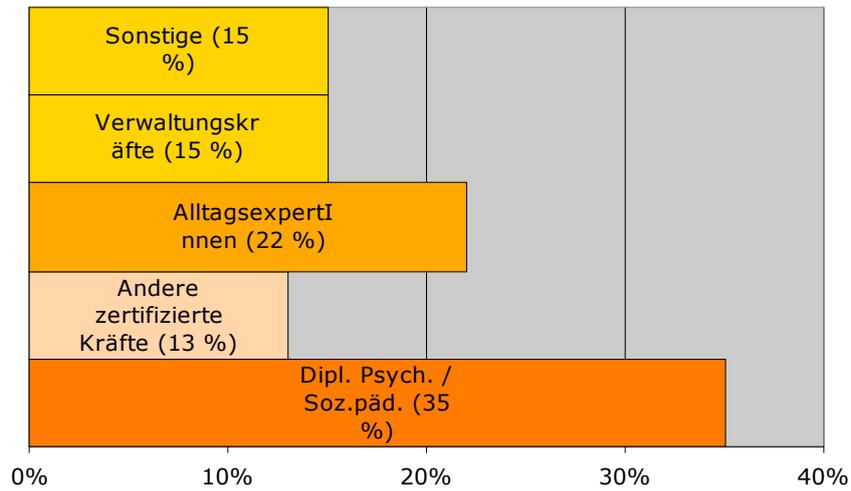
Angestellte

Beschäftigte Personen	228
Vollzeitäquivalente	134,5

Honorarkräfte

Honorarstunden insgesamt	7 866
Durchschnitt pro Verein	238

Qualifikation der Beschäftigten



Richtlinienförderung „Förderung örtlicher Aidshilfe-Vereine“ bis 2006

Personal- und Sachkostenförderung	19
Sachkostenförderung	14

Stand Juli 2007

HIV und AIDS in Nordrhein Westfalen

Die Zahlen im Überblick

Aufgrund des vorliegenden statistischen Materials zum 27.11.2006 schätzt das Robert Koch Institut in Berlin die epidemiologische Situation folgendermaßen ein:

	in NRW 2006	bundesweit 2006
Zurzeit leben mit dem HI-Virus	~11 900	~56 000
Davon sind an AIDS erkrankt	~900	~6 500
In den kommenden Jahren ist jährlich voraussichtlich ...mit neuen HIV-Infektionen zu rechnen	~600	~2 700
...mit weiteren AIDS-Kranken	~260	~1 200
Jährlich versterben	~150	~600
Insgesamt haben sich seit 1982 mit HIV infiziert	~17 500	~82 000
Davon sind bereits an den Folgen von AIDS gestorben	~5 600	~26 000

Quelle: Robert-Koch-Institut, Berlin

Die vom Robert Koch-Institut zusammengestellten Eckdaten sind Schätzungen, die jährlich auf dem jeweilig aktuellen Stand der Erkenntnisse aktualisiert werden. Sie stellen keine automatische Fortschreibung früher publizierter Eckdaten dar. Die jeweils angegebenen Zahlenwerte können daher nicht direkt mit früher publizierten Schätzungen verglichen werden.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Auszug aus dem Epidemiologischen Bulletin des RKI sowie im Internet unter: <http://www.rki.de>

HAGENER APPELL

1. Die Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisationen der AIDS-Hilfe NRW mit dem Land NRW im Rahmen der Richtlinienförderungen im Aids-Bereich war über 15 Jahre sehr erfolgreich.

Uns ist keine fachliche Kritik an der bisherigen Förderstruktur bekannt. Im Gegenteil: Das auch in NRW umgesetzte deutsche Modell der Aids-Prävention mit seiner deutlichen Arbeitsteilung zwischen öffentlichen und freien Trägern hinsichtlich Aufgaben und Zielgruppen, gilt international als erfolgreiches Beispiel.

2. Die Kommunalisierung eines kleinen und bisher nicht alle Kreise und kreisfreie Städte einbeziehenden Etats (2,3 Mio. Euro) birgt erhebliche Gefahren für den Erfolg der Aids-Prävention im bevölkerungsstärksten Bundesland Deutschlands.

Da die Ausgestaltung der Förderung künftig vor Ort erfolgen soll, wird eine landesweite Festlegung von Förderschwerpunkten massiv erschwert. Auch das Ausmaß der Bindung eines Teils der Förderung an Selbsthilfeorganisationen ist kaum steuerbar. Auf Landesebene befürchten wir einen Bedeutungsverlust des Thema Aids in der Landespolitik. Die zusätzlichen Koordinationsaufgaben, die uns auf Landesebene übertragen werden sollen, werden ohne zusätzliche Finanzierung nur zu Lasten bereits vorhandener Aufgaben (z.B. Qualitätssicherung der Aidshilfe- und Aidspräventionsarbeit) umzusetzen sein.

3. Um die befürchteten Gefahren und Risiken heute und für die Zukunft abzumildern, bedarf es enormer Anstrengungen vor Ort und auf Landesebene.

Bereits bis zum jetzigen Zeitpunkt hat es eines erheblichen Aufwandes bedurft, um unsere fachlichen Einschätzungen in den Prozess einzubringen. Auch vor Ort werden wir in den kommenden Monaten bedeutsame Zeitressourcen einsetzen und große finanzielle Risiken eingehen müssen, bis die Verhandlungen sachgerecht abgeschlossen werden können.

4. Trotz unserer großen Skepsis stellen wir uns der Herausforderung, den Prozess der Kommunalisierung so gut wie möglich zu gestalten.

Vor Ort wie auf Landesebene bringen wir uns aktiv in Fachdiskussionen und Verhandlungen ein. Wir sind bereit, durch gute Kooperation und Vernetzung mit den beteiligten Akteuren die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

5. Maßstab unseres Handelns ist die Erhaltung und Weiterentwicklung der Qualität der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention. Die Beteiligung der von HIV und Aids besonders betroffenen Gruppen ist für die Qualität unerlässlich.

Wir appellieren

... an die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände,

einer Umsetzung der Kommunalisierung erst dann zuzustimmen, wenn eine verbindliche und praxistaugliche Vereinbarung zum gesamten Verfahren mit allen Beteiligten abgeschlossen wurde.

... an die Politik und Verwaltung in den Kreisen und kreisfreien Städten,

die bewährte Zusammenarbeit mit Aidshilfen und anderen Selbsthilfeorganisationen weiterzuführen und für mögliche Anpassungen an den Bedarf vor Ort offen zu sein.

... an die Landesregierung und die Mitglieder des Landtages,

die großen Erfolge des Aids-Politik des Landes nicht zu gefährden und ihre Aufmerksamkeit nach wie vor auf die Weiterentwicklung des Themenfeldes HIV / Aids zu richten für neue Aufgaben der fachlichen Koordination auf Landesebene auch zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.